

CVP POST

Juni 2013 | www.cvp.ch

Die CVP-Post ist das wieder gegründete Parteiblatt der CVP Basel-Stadt und erscheint mehrmals jährlich. Die CVP-Post ist online basiert und soll wie ein Newsletter für unsere Mitglieder funktionieren. Es wird Ihnen zusätzlich auch eine gedruckte Version dieses neuen Parteiblatts zugesandt. In der CVP-Post werden Sie über politisch aktuelle Themen informiert, Protagonisten schreiben Ihre Sicht der Dinge zu einem Standpunkt und Sie werden über kommende Anlässe orientiert. Die Redaktion liegt im Sekretariat der CVP Basel-Stadt bei Patrick Huber.

Wenn Sie Fragen, Anregungen oder gar Themenvorschläge zur CVP-Post haben, so freuen wir uns auf Ihr Feedback an sekretariat@cvp-bs.ch. Und jetzt wünschen wir Ihnen noch eine spannende und interessante Lektüre!

Die Basler Kantonalbank soll sich auf ihr Kerngeschäft zurückbesinnen

Im Allgemeinen begrüsst die CVP Basel-Stadt die vom Regierungsrat vorgeschlagene Totalrevision des Gesetzes über die Basler Kantonalbank (BKB), weil damit die Rechtsgrundlagen der Bank an die veränderten bundesrechtlichen Vorgaben und an aktuelle Entwicklungen im Bereich der Corporate Governance angepasst werden können.

Die CVP steht zur BKB und ist bereit, die BKB weiterhin im Staatseigentum zu halten und ihr eine Staatsgarantie zu gewähren. Seine Berechtigung hat das starke Engagement des Kantons aber ausschliesslich im öffentlichen Auftrag der BKB, ihre Kunden in unserer Region mit Krediten und Bankdienstleistungen zu versorgen und so einen Beitrag an die Entwicklung und Sicherung unserer Wirtschaftsregion zu leisten.

Das Anliegen der Fokussierung und Risikoreduktion kommt im regierungsrätlichen Entwurf nach Auffassung der CVP zu kurz, weshalb wir hier Nachbesserungen verlangen. Angesichts der Risiken des Bankgeschäfts, die aufgrund der Staatsgarantie durch den Kanton zu tragen sind, verlangt die CVP Basel-Stadt eine klarere

Fokussierung des Geschäfts der BKB in sachlicher und geographischer Hinsicht:

Die BKB (Stammhaus) soll ihren sachlichen Geschäftskreis auf ihr Kerngeschäft fokussieren und riskante Geschäftsfelder wie den Eigenhandel oder das ausserhalb von Basel betriebene Private Banking aufgeben, denn die BKB soll vor allem für die Basler Bevölkerung und die ansässigen Unternehmen Dienstleistungen anbieten. Tochtergesellschaften und Beteiligungen im In- und Ausland sollen weiterhin zulässig sein, soweit sie vom Zweck gedeckt und nach Risikogesichtspunkten verantwortbar sind. Klarerweise gilt die Staatsgarantie für Tochtergesellschaften nicht. Das Stammhaus mit Staatsgarantie soll juristisch und organisatorisch klar und nach aussen hin erkennbar von Tochtergesellschaften ohne Staatsgarantie abgegrenzt werden.

Im Sinne der Professionalisierung des Bankrats ist die CVP Basel-Stadt einverstanden, dass die Mitglieder des Bankrats in Zukunft durch den Regierungsrat gewählt werden sollen. Wir fordern aber, dass die Anzahl der Bankratsmitglieder im Gesetz selber festgelegt wird. Für die

CVP Basel-Stadt stehen die Fähigkeiten der Bankrätinnen und Bankräte im Zentrum; anstelle einer starren Geschlechterquote soll im Gesetz deshalb lediglich eine allgemeine Diversity-Vorgabe verankert werden.

Zusammenfassung der
Stellungnahme der CVP
Basel-Stadt, verabschiedet
vom Parteivorstand



**Wohlstand mit
Anstand.**

Machen Sie mit
und stehen Sie
für diese Botschaft ein.

Schöner Wohnen

Von Lukas Engelberger, Grossrat,
Präsident der CVP Basel-Stadt



Wer blättert nicht gern in Wohnzeitschriften, wer baut nicht ab und zu sein Trauhaus?

Mit der Realität haben die grosszügigen Wohnküchen, Himmelbetten oder Gartenlandschaften aber meist nichts zu tun. Denn Wohnraum ist gesucht und teuer, und beim Wohnen geht's für 99% der Menschen nicht ums Träumen, sondern ums Alltagsleben und Überleben.

Wie in vielen anderen Bereichen geht es uns in der Schweiz – und speziell auch in Basel – auch beim Wohnen gut. Wir verfügen über schöne Bausubstanz und einen funktionierenden Wohnungsmarkt. Allerdings zeigen sich Anzeichen einer Verknappung, und Befürchtungen werden laut: wird die Durchschnittsfamilie aus der Stadt verdrängt? Wer kann sich in Zukunft noch eine gute 3.5-Zimmer-Wohnung leisten?

Diese Befürchtungen sind ernst zu nehmen. Sie waren vermutlich der Auslöser für die Initiative «sicheres und bezahlbares Wohnen für alle», mit welcher der Mieterverband seine Vorstellungen in der Kantonsverfassung festschreiben will. Leider verfolgt die Initiative einen staatsgläubigen Ansatz: der Staat müsste Wohnraum garantieren, alte und erneuerungsbedürftige Bausubstanz würde umfassend geschützt, private Investitionen würden massiv erschwert. So geht es nicht.

Um stattdessen den Wohnungsmarkt in die richtige Richtung zu bewegen, haben Regierungsrat und Grosser Rat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet, das Wohnraumförderungsgesetz, abgekürzt WRFG. Dieses Gesetz bietet wichtige Vorteile gegenüber dem Status Quo. Das Wichtigste: Es erleichtert private Investitionen zur Schaffung und Erneuerung von Wohnraum, indem das bisherige rigide Gesetz gegen den Abbruch und die Zweckentfremdung von Wohnraum aufgehoben und durch liberalere Bestimmungen ersetzt wird. In Zukunft muss der Ersatz von bestehendem durch neuen Wohnraum immer bewilligt werden, und zwar in einem unkomplizierten Verfahren.

Flankierend soll der gemeinnützige Wohnungsbau gefördert werden: Genossenschaften und Stiftungen erhalten vom Kanton in Zukunft Unterstützung und sollen so in der Lage sein, wieder vermehrt Wohnungen zu schaffen: auch für diejenigen, die nicht über grosse Budgets verfügen, insbesondere auch für Familien. **Zur Abstimmung kommen Initiative und Gesetz am 22. September 2013**, also schon bald. Ich bin überzeugt, dass diese Abstimmung eine wichtige Weichenstellung ist für unsere weitere Entwicklung. Ich setze mich deshalb wie die CVP-Fraktion ein für ein Nein zur Initiative, und für ein Ja zum Wohnraumförderungsgesetz. Damit wir alle schöner wohnen können.

Dem Thema Wohnen und der Parolenfassung zur Initiative und zum WRFG ist auch unsere Parteiversammlung vom 19. August gewidmet. Bitte reservieren Sie sich diesen Termin!

Persönlich

Die CVP Basel-Stadt gratuliert folgenden Mitgliedern und Sympathisanten zum runden Geburtstag und wünscht ihnen alles Gute für die Zukunft!

Juni

06. Thea Genz (60)

08. Willy Hersperger-Eicher (75)

Veranstaltungen im 2013

Donnerstag 27. Juni
Mittelstands-Lunch mit
G. Lachappelle (BKB)

Samstag 29. Juni
Sundgaufährtli Sektion
Grossbasel-West

Donnerstag 11. Juli
Sommeranlass der Mittelstands-Vereinigung

Mittwoch 14. August
Klausur (PL und Fraktion)

Montag 19. August
Parteiversammlung

Samstag 14. September
Bannumgang Sektion
Grossbasel-West

Ein Basel

von Elisabeth Schneider-Schneiter



«Zwei Basel sind eines zu viel» konnte man vor einigen Wochen in der NZZ lesen. So ist es in der Tat. Der Blick auf die Landkarte zeigt das ganz deutlich. Und wenn man sich mit den Menschen in den beiden Kantonen befasst, dann ist es offensichtlich, dass sich diese einer Region mit einer gemeinsamen Identität zugehörig fühlen und in einem gemeinsamen Siedlungs-, Bildungs-, Verkehrs-, Gesundheits-, und Kulturraum leben. Die politischen Grenzen spielen im Alltag nur noch eine untergeordnete Rolle. Die beiden Basel bilden einen einheitlichen Lebensraum, in welchem das Gemeinsame das Trennende bei weitem überwiegt.

Die Zeit ist deshalb gekommen die politischen Strukturen dieser Realität anzupassen. Nur gemeinsam können wir die Herausforderungen für eine erfolgreiche Zukunft unserer Region in einem globalisierten Umfeld angehen. Gemeinsame einheitliche demokratische Entscheidungen würden unserer Region neue Impulse geben und würden den Einfluss in Bundesbern signifikant verbessern. Das heutige System basiert auf über 100 Zusammenarbeitsverträge zur Regelung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unter den beiden Kantonen. Natürlich wurde die Partnerschaft der beiden Basel in den letzten Jahren kontinuierlich ausgebaut. Und es konnten in den letzten Jahren auch partnerschaftliche Flaggschiffe in See stechen. So z.B. die gemeinsame Trägerschaft der Universität, das UKBB oder auch die gemeinsamen Rheinhäfen. Die Zusammenarbeit im Rahmen der zahlreichen partnerschaftlichen Verträge ist zwar pragmatisch, doch die spezifischen Interessen und auch historisch geprägte Animositäten verhindern oft Lösungen, welche unserer gesamten Region und nicht nur dem einzelnen Kanton dienlich wären. Denn im Rahmen eines demokratischen Prozesses zur Legitimierung einer Zusammenarbeit ist es wohl den politischen Entscheidungsträgern nicht zu verargen, dass sie in erster Linie die Interessen ihres Kantons und nicht diejenigen der gesamten Region vertreten. Bei der Legiferierung ist es oft viel einfacher eigene Gesetze zu veranlassen, als diese in einem langwierigen partner-

schaftlichen Prozess durch beide Kantone aufeinander abzustimmen. Das Resultat sind unterschiedliche Regulierungen in den verschiedensten Bereichen in unserer kleinräumigen Region. Unterschiedliche Baubestimmungen, unterschiedlich liberale Ladenöffnungszeiten, unterschiedliche Verfahrens- und Zulassungsvorschriften bis hin zu den unterschiedlichen Steuererklärungen. Ärgerlich ist das v.a. für jene, welche ihre unternehmerische Tätigkeit in beiden Kantonen ausüben und sich durch die Bürokratie von zwei verschiedenen Kantonen kämpfen müssen.

Die Gelegenheit für eine Fusion der beiden Basel könnte deshalb nicht günstiger sein. Zur Debatte stehen Anliegen wie der Abbau von bürokratischen Hürden, die Verkürzung von Entscheidungsweegen, eine gemeinsame Raumplanung, eine einheitliche Gesundheitsversorgung und noch mehr Vereinheitlichung im Bildungswesen. Die Gemeinden würden wieder mehr Kompetenzen erhalten und die Gemeindeautonomie würde gestärkt. Anliegen, welche allesamt von einer Mehrheit der Bevölkerung unserer beiden Kantone getragen würden. Und mit einem geeinten Basel mit rund 500'000 Einwohnern würden wir im Schweizerischen und internationalen Wettbewerb der Regionen und Staaten plötzlich zu einem politischen und wirtschaftlichen Schwergewicht. Diese Chance dürfen wir nicht verpassen.

**Jetzt
DIE POLITIK
abonnieren.**

Telefon 031 357 33 33

Fax 031 352 24 30

E-Mail abo@die-politik.ch

www.die-politik.ch

